

Die Gewerkschaft. Le Syndicat. Il Sindacato.

## Wir fordern eine aktive Industriepolitik.

Sichere und gute Arbeitsplätze und eine zukunftsstarke MEM-Industrie gibt es künftig nur, wenn wir Sozialpartnerschaft neu begründen.



Gewinnen mit der Unia.
Ja zu einem starken Industrieund Werkplatz Schweiz.

## Übersicht

Vorwort	3
Die Schweiz ist Industrieland: Zahlen und Fakten.	8
Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsqualität der Schweizer Industrie.	12
Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Industrie.	16
Der überbewertete Franken gefährdet Zehntausende von Arbeitsplätzen.	17
Unternehmen und Politik sind gefordert.	21
Die Industriepolitik, die wir wollen.	23
Die angelaufene Re-Industrialisierung: Immense Chance für Wirtschaft und Beschäftigung.	25
Ist der öko-soziale Umbau industriefeindlich?	29
Der Industriestandort Schweiz hat Zukunft.	31
Die Zukunft der Industrie hängt von Bildung ab.	33
Unternehmenskredit setzt viele Betriebe unter Druck.	36
Fonds für eine produktive Schweiz.	38
Keine Personenfreizügigkeit ohne wirksame Massnahmen gegen Lohndruck.	40
Warum Mindestlöhne so wichtig sind.	42
Sozialpartnerschaft, die ihren Namen verdient.	44

#### **Vorwort**

## Warum es heute nicht mehr genügt, den Gesamtarbeitsvertrag der Maschinen-, Elektround Metallindustrie einfach fortzuschreiben.



Im Sommer vor 75 Jahren wurde, nach einer Abwertung des Frankens im September 1936, das Friedensabkommen in der Schweizer Maschinen- und Metallindustrie zwischen Arbeitgeberverband und damaliger Gewerkschaft SMUV abgeschlossen. Daraus wuchs – dank der Kampfbereitschaft der Arbeitenden – ein Gesamtarbeitsvertrag. Wir konnten ihn über die Jahrzehnte immer wieder verbessern. Dieser GAV war lange ein verlässlicher Rahmen für die Sozialpartnerschaft und die Entwicklung der Schweizer Industrie.

Die Sozialpartnerschaft baute implizit auf drei Dinge: Auf das Wissen und Können der Arbeitenden. Auf die Verteilung der Produktivitätsgewinne. Und auf eine starke Gewerkschaft.

Sozialpartnerschaft besteht, wenn wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt zusammenkommen.

Heute ist die Schweiz das westeuropäische Land mit dem höchsten Industrieanteil. 700 000 Arbeitende erwirtschaften pro Jahr 100 Milliarden Franken für den Schweizer Wohlstand. Das ist 3x mehr, als der vom Bundesrat verhätschelte Bankensektor der Volkswirtschaft bringt. Allein in den MEM-Industrien arbeiten 340 000 Menschen (inkl. Uhrenindustrie). Sie schaffen mehr als einen Drittel der Schweizer Warenexporte und 10 Prozent des BIP. Die sozialen Beziehungen in diesem Wirtschaftssektor haben also eine herausragende Bedeutung für die Schweiz.

#### **Demontage der Sozialpartnerschaft**

Diese Beziehungen müssen wir nun neu begründen. Warum?

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben die Arbeitgeber die Sozialpartnerschaft zwar als Erfolgsmodell gelobt. Faktisch haben sie sie aber zunehmend unterlaufen, umgedeutet und in ihrer Substanz in Frage gestellt. Die neunziger Jahre waren der Höhepunkt der Deregulierung, weltweit und in der Schweiz. Die Wirtschaft orientierte sich stark am Shareholder Value, der dem Kapital Gewinne von 15 oder 20 Prozent versprach, dafür aber Löhne und Arbeitsplätze unter Druck setzte.

Zuerst wurden, unter dem Diktat der Banken und Aktionäre, Zehntausende von Industriearbeitsplätzen zerstört. Gleichzeitig konnten die Aktionäre ihre überzogenen Erwartungen
beim Shareholder Value nur dadurch realisieren, dass Unternehmen die Produktivitätsgewinne den Arbeitenden vorenthielten. Die Reallöhne stagnierten oder stiegen nur noch
leicht. Die Arbeitszeit wurde nicht mehr weiter verkürzt. Logisch, fielen bei den Unternehmen
wachsende und immer gigantischere Gewinne an. Diese Gewinne flossen aber nur zu kleineren Teilen in die Industrie zurück, in Investitionen und Innovation. Zu bedeutenden Teilen
wurden sie für Aktionärsgewinne und Spekulationen an den Finanzmärkten verwendet.

Mit dem jüngsten weltweiten Konjunktureinbruch, ausgelöst durch die internationale Finanzkrise, hat sich die Situation noch verschärft. Im Jahr 5 der Grossen Krise ist die Sozialpartnerschaft gleich mehrfach in Frage gestellt:

- Durch den viel zu hoch bewerteten Franken
- Durch die häufige, oft missbräuchliche Verwendung des Artikels 57 GAV MEM-Industrie, welche die Substanz des Vertrages aushöhlt
- Durch die manchmal extremen Kreditbedingungen der Banken (die bis zu Eingriffen in die Geschäftspolitik gehen) und die Abschöpfung immer grösserer Teile des produktiven Ertrags der Industrie durch den Finanzsektor (Zinsspanne etc.)
- Durch die geringe Investitionsbereitschaft der Aktionäre und des Managements
- Durch den Rückstand der Schweizer Industrie in der neuen industriellen Revolution: dem ökologischen Umbau.
- Durch die drohende Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland.

#### Ohne Industriepolitik bewegt sich nichts

Die Gewerkschaft hat immer Hand für Lösungen geboten, wenn Arbeitsplätze oder gar die Zukunft des Unternehmens auf dem Spiel standen. Aber Sozialpartnerschaft besteht nur dort, wo die Krisenlasten nicht einseitig auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt werden. Darum müssen die Krisenmechanismen im GAV neu geregelt, Mindestlöhne auf vertretbarem Niveau gesichert und die Verteilung der Produktivitätsgewinne gerechter geordnet werden.

Aber es macht für eine Gewerkschaft wenig Sinn, mit diesen eher klassischen GAV-Themen allein die Arbeitsbedingungen zu regeln, wenn diese Arbeitsplätze gleichzeitig massiv bedroht sind. Die Arbeitenden, deren Interessen wir vertreten, wollen auch morgen noch Arbeit haben. Und sie wollen ihr Können und Wissen produktiv gestaltend einsetzen.

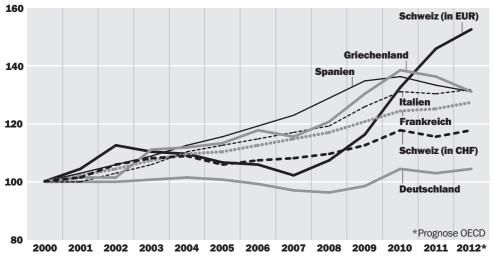
Swissmem und die von ihr vertretenen Unternehmen glauben teilweise, die Krise durch Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen oder weitere Flexibilisierungen lösen zu können. Das ist nicht nur ein sozialer sondern ein ökonomischer Irrtum. Verschlechterte Arbeitsbedingungen verschärfen die Krise nur. Wir lassen nicht zu, dass Arbeit geg ie Arbeitenden ausgespielt wird.

Beispiel Löhne. Wir arbeiten hoch produktiv. Die Lohnstückkosten (und auf die kommt es an) liegen, in Franken gerechnet, tiefer als in den Nachbarländern, Deutschland ausgenommen. In Euro gerechnet aber sind sie explodiert. Wenn Unternehmen heute Lohnsenkungen oder verlängerte Arbeitszeiten verlangen, bedeutet dies, dass sie die Folgen des überbewerteten Franken auf die Arbeitenden abwälzen wollen. Dass die Arbeitenden also unter Drohung von Entlassung, Schliessung, Auslagerung die Spekulationsgewinne des Finanzsektors bezahlen sollen. Das ist eine absurde Vorstellung von «Sozialpartnerschaft».

Der Weg kann nur darin bestehen, die spekulative Überbewertung des Frankens zum Euro gemeinsam zu bekämpfen. Bisher hat sich Swissmem nicht ausreichend für eine Politik des fairen Wechselkurses stark gemacht, wie sie die Gewerkschaften seit zwei Jahren fordern.

#### Lohnstückkosten

Relative Entwicklung Lohnstückkosten im internationalen Vergleich Jahresdaten, Indizes (Jahr 2000 = 100); Lohnstückkosten der Schweiz in CHF und umgerechnet in Euro (Umrechnungskurs für 2012 1,2 CHF/EUR (Ø Jan. – Aug.)



Quelle: OECD

#### **Genau da beginnt Industriepolitik**

Schlimmer noch als der Beton-Franken, so sagen uns Konjunkturforscher, schlägt die schwächelnde Konjunktur in den wichtigsten Schweizer Absatzmärkten auf die Bestellungen und Verkäufe durch. Das ist zwar von Markt zu Markt und von Unternehmen zu Unternehmen verschieden. Aber die Konjunktur scheint auf den ersten Blick ausserhalb der Reichweite von sozialpartnerschaftlichen Diskussionen zu stehen. Nur auf den ersten Blick. Das Argument wäre glaubwürdiger, wenn die Arbeitenden die Sicherheit hätten, dass die Schweizer Industrie die Chancen der neuen industriellen Revolution, also des ökologischen Umbaus nutzt. Wir sehen aber, dass die Industrie diese Chancen in den künftigen globalen Leitindustrien nur sehr marginal in Arbeitsplätze und Umsatz verwandelt. Alle nationalen und internationalen Studien zeigen, dass die Schweiz zwar hoch innovativ forscht und entwickelt, dass die Schweizer Industrie in diesen neuen Märkten aber weit hinterherhinkt.

Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaft, Unternehmenspolitik zu gestalten. Aber weil wir die Arbeit, also die Arbeitenden vertreten, ist es ganz eine zentrale Aufgabe, eine Industriepolitik zu skizzieren und zu fordern, die den Werkplatz höher stellt als die kurzfristigen Profitinteressen der Banken. Wir bringen also das Wissen und Können der Arbeitenden ein. Und wir stellen ins Zentrum der Sozialpartnerschaft die Quelle wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wertschöpfung: die Arbeit.

Leider müssen wir erkennen, dass manche Arbeitgeber, aber auch Politiker und Spitzenbeamte, eine Industriepolitik als Strukturerhaltung, Subventionsmaschine oder staatlichen Interventionismus deuten. Das zeigt nur, wie unterentwickelt ihre Vorstellung von Industriepolitik ist. Uns geht es darum, die Politik der einseitigen Bevorzugung des Finanzsektors zu beenden. Und es geht uns darum, bessere Bedingungen für nachhaltige, gute und gut entlöhnte Arbeitsplätze zu schaffen.



Die Gewerkschaft Unia hat schon etliche konkrete Vorschläge gemacht. Wir haben einen paritätischen Produktionsfonds vorgeschlagen, um mit Pensionskassengeldern den ökologischen Umbau anzustossen. Wir fordern den Ausbau der KTI (Kommission für Technologie und Innovation), um KMU den Zugang zur Spitzenforschung zu ermöglichen. Wir verlangen von der Nationalbank, den Frankenkurs auf 1.40 zu schwächen. Für die Übergangszeit haben wir eine «Serv+» vorgeschlagen, eine Erweiterung der Exportrisikoversicherung, die den Exportunternehmen einen korrekten Frankentausch garantieren kann. Das ist das, was wir unter Industriepolitik verstehen.

#### Die Sozialpartnerschaft auf eine neue Basis stellen

Darum ist jetzt Zeit gekommen, die Sozialpartnerschaft und den Gesamtarbeitsvertrag neu zu begründen. Ohne Industriepolitik ist eine Sozialpartnerschaft, die diesen Namen verdient, nicht mehr zu haben. Ohne Industriepolitik verwalten wir nur unseren Niedergang. Deshalb muss künftig die Sozialpartnerschaft auf zwei Beinen stehen.

Darum verlangt die Unia-Branchenkonferenz MEM-Industrie, die anfangs September in Bern getagt hat, eine aktive Industriepolitik. Deshalb verlangt sie von den Arbeitgebern eine gemeinsame Agenda für die Industrie. Im Willen, gemeinsam die Grundlage für eine innovative, nachhaltige und beschäftigungsintensive MEM-Industrie zu schaffen. Nicht als schönes Versprechen, sondern als verbindliche gemeinsame Aufgabe, die im neuen GAV verankert wird.

c. prohim

Corrado Pardini Mitglied der Geschäftsleitung Unia Leiter Sektor Industrie

Bern, im September 2012

#### Die Schweiz ist Industrieland: Zahlen und Fakten.

## Industriearbeit sichert Jobs und Wohlstand des Landes – dank hoher Arbeitsproduktivität.

In der Wahrnehmung der meisten Bürgerinnen und Bürger ist die Schweiz kein Industrieland mehr. Die Produktion ist aus Blick und Bewusstsein gerutscht. Dazu hat das neoliberale Gerede vom angeblichen Dienstleistungsparadies stark beigetragen.

Doch wahr ist: 700 000 Arbeiterinnen und Arbeiter erarbeiten jedes Jahr rund 100 Milliarden Franken für den Schweizer Wohlstand. Das sind rund 20 Prozent des BIP, und das ist dreimal mehr, als die Banken der Schweiz bringen. Zu den 700 000 Industriebeschäftigten kommen weit über 100 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hinzu, die heute in ausgelagerten Industriedienstleistungen beschäftigt sind. Auch das ist ein wichtiger Teil der Industrie.

Die Schweiz ist das westeuropäische Land mit dem höchsten Industrieanteil. Allein in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) arbeiten heute über 335 000 Menschen, die Uhren- und Mikroelektronikindustrie eingeschlossen. Der Frauenanteil in der MEM-Industrie beträgt heute 18 Prozent, Tendenz steigend. In den Cleantech-Berufen der Zukunft sind rund 50 Prozent Frauen. (2011: 52 Prozent im Studiengang Umweltwissenschaften der ETH Zürich).

Mindestens jeden vierten Franken erwirtschaftet die Schweiz noch immer mit der Produktion von Gütern. Zwischen 2004 und 2008 sind 59 000 neue Jobs in der Industrie geschaffen worden. Dieser Aufwärtstrend ist einzig durch die Finanz- und Wirtschaftskrise der Banken vorläufig gestoppt worden.

Die Industrie ist auch im 21. Jahrhundert die wirtschaftliche Basis des Landes. Ohne Produktion gibt es keine Forschung. Ohne Produktion würden starke Teile der Dienstleistungen verschwinden. Und wir wagen hier die Prognose: Die Zukunft der Schweiz wird industriell sein.

#### **MEM-Industrie exportiert**

Die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) ist der bedeutendste Industriesektor. Die MEM-Industrie erwirtschaftet gegen zehn Prozent des schweizerischen Bruttoinlandprodukts (BIP). Dabei exportieren die Unternehmen der MEM-Industrie rund 70 – 80 Prozent ihrer Produkte ins Ausland. Das sind 35 Prozent aller Exporte. Rund zwei Drittel des Geschäfts wickelt die Schweiz dabei mit der EU ab. Die Lieferungen nach Asien haben in den vergangenen Jahren stark zugelegt. Sie haben bereits die 20-Prozent-Marke überschritten.

#### Das Gerücht vom «De-Industrialisierung»

Es wird viel von «De-Industrialisierung» der Schweiz gesprochen. Bürgerliche Ökonomen und Politiker behaupten, dieser «Strukturwandel» sei «ökonomisch zwangsläufig». Und sie begründen diese «Zwangsläufigkeit» mit dem hohen Lebensstandard und dem hohen Lohnniveau. Das ist absurd.

Zwar sind allein zwischen 1991 und 1999 159 000 Arbeitsplätze in der Industrie zerstört worden – und das nach vielen Fabrikschliessungen in den Jahrzehnten zuvor. Und zutreffend ist: In den letzten drei Jahrzehnten haben die Besitzenden die Produktion weltweit neu organisiert. Vor allem Asien ist zur Fabrik der Welt geworden.

Nur ist am «Strukturwandel» der Schweiz wenig bis nichts «zwangsläufig». In den 80er und 90er Jahren sind grosse Stücke der Schweizer Industrie von Aktionären und Banken demontiert worden, obschon diese Unternehmen rentabel produzierten. Wichtigster Grund war nicht etwa das Lohnniveau. Vielmehr wandte sich das Kapital anderen, noch rentableren Tätigkeiten zu. Die Zerschlagung der Schweizer Eisenbahnindustrie ist ein gutes Beispiel. Nach 2000 verschärfte sich dieser Trend zu Ausverkauf, Kapitalkonzentration und Plünderung der industriellen Substanz zusätzlich durch aggressive Finanzakteure wie Hedgefonds, Investmentfonds und Private Equity Fonds.

Auch die heute hoch gelobte Uhrenindustrie wäre beinahe ein Fall von Ausverkauf geworden. Die Grossbanken Bankverein und SBG (heute in der UBS fusioniert) erteilten zu Beginn der 80er Jahre dem Unternehmensberater Nicolas G. Hayek den Auftrag, die beiden Kern-Uhrenkonzerne ASUAG und SSIH zu verkaufen, am besten nach Japan oder Hongkong. Hayek aber übernahm selbst. Swatch Group beweist, dass in der Schweiz nicht nur Produktion von Gütern mit hoher Wertschöpfung möglich ist, sondern sogar die Massenproduktion von billigen Konsumgütern.

#### Hohe Arbeitsproduktivität – tiefe Lohnstückkosten

Industrieproduktion in der Schweiz ist rentabel, weil wir mit hohem Wissen und Können arbeiten und wir dies hochproduktiv tun. Entscheidend ist nicht das Lohnniveau, entscheidend sind die Lohnstückkosten (und Qualität). Die Lohnstückkosten liegen, in Franken gerechnet, tiefer als in den Nachbarländern, Deutschland ausgenommen, wie Serge Gaillard vom Staatssekretariat für Wirtschaft Seco kürzlich aufgezeigt hat. Wenn heute etwas die Produktion bedroht, dann nicht die Löhne, sondern der überbewertete Franken.

Die **Arbeitsproduktivität** in der Industrie ist überdurchschnittlich gewachsen. Zwar ist die Beschäftigung in der Industrie im Vergleich mit den Dienstleistungsbranchen in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen. Über diesen Zeitraum hat sich dagegen der Anteil der realen Wertschöpfung am Bruttoinlandprodukt (BIP) in der Industrie kaum verändert.

#### Hohes Produktivitätswachstum in der industrie bedingt geringere Beschäftigungszuwächse

	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate 1998–2008 (in %)			Veränderung Beschäftigungsanteil (in Prozentpunkten)
	Bruttowertschöpfung	Beschäftigung	Produktivität	
Industrie	2.5	0.2	2.3	-1.5
Dienstleistungen	2.0	1.5	0.5	1.5

Quelle: BFS/Die Volkswirtschaft

Die Industrie, vor allem auch die MEM-Industrie, ist somit für die Schweizer Wirtschaft ein Grundpfeiler, der Arbeitsplätze und Wohlstand schafft und von dem Hunderttausende von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor abhängen. Es ist heute weitgehend unbestritten, dass damit die Grenze zwischen Industriesektor und Dienstleistungssektor zunehmend verschwindet.

#### Die kommende Industrialisierung der Schweiz

Hohes Wissen und Können der Arbeitenden, hohe Produktivität, tiefe Lohnstückkosten: Das sind im Prinzip beste Voraussetzungen, um bei der nächsten grossen Tendenz wirtschaftlicher Entwicklung dabei zu sein. Seit einigen Jahren hat die Re-Industrialisierung der alten Industrieländer begonnen. Dutzende von Studien zeigen: Im kommenden Jahrzehnt werden in neuen Industrien viele Millionen neuer Jobs entstehen. Treiber dieser Entwicklung ist der notwendig gewordene ökologische Umbau. Dabei geht es um weit mehr als um Energiesysteme. Es geht um Werkstoffe, Beschichtungen, ökologische Maschinen und «weisse Ware», Verkehrssysteme, Leit- und Regelsysteme, Bio- und Nanotechnologie und einiges mehr. Wir können das: Wir beherrschen die Techniken. Die Frage ist nur, ob das Kapital das auch will.

Die Industrie wächst. Auch in der Schweiz. Und sie könnte noch viel stärker wachsen. Doch die industriellen Arbeitsplätze sind gleichzeitig in akuter Gefahr. Bleiben der Franken, die Zinsmargen der Banken und die Aktionärsgewinne hoch, die Investitionen in neue Technologien und neue Arbeitsplätze aber tief, wird die Schweizer Industrie mittel- und langfristig viele Tausende Arbeitsplätze verlieren, sie vernichten oder auslagern. Wollen wir aber die Jobs behalten, neue Jobs gewinnen und die Arbeitsbedingungen verbessern, müssen wir die Arbeitgeber bewegen, mit uns eine aktive Industriepolitik durchzusetzen.

Das liegt nicht nur im Eigeninteresse einer Industriegewerkschaft. Es ist zum Vorteil der ganzen Gesellschaft. Industrielle Gesellschaften sind innovativ und ihre Produktionsform macht sie kooperativ. Industriearbeitende verwandeln Materie. Sie gestalten bewusst Welt. Das ist ein in der Schweiz vollständig verkannter «Mehrwert».

Unser Fazit: Wollen wir den Industrie- und Werkplatz Schweiz erfolgreich verteidigen, ist eine aktive Industriepolitik die zwingende Voraussetzung.

## Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsqualität der Schweizer Industrie.

## Industrie international top. Aber unzureichende Rahmenbedingungen gerade für KMU.

### Alle internationalen Vergleiche zeigen: Die Schweizer Wirtschaft, vor allem die Schweizer Industrie, gehört zu den wettbewerbsstärksten der Welt.

Auf der Rangliste des World Economic Forums (WEF) vom September 2012 steht die Schweizer Wirtschaft an der Spitze der wettbewerbsfähigen Länder (wie schon 2011). Diesen Rang begründet das WEF mit Faktoren wie: Innovationsfähigkeit, technologische Kapazität und «Arbeitsmarkteffizienz». Zudem gehören die Schweizer Forschungs- und Wissenschaftszentren zu den besten der Welt. Das durchschnittlich hohe Niveau der Forschungsausgaben durch Unternehmen wirkt sich gemäss WEF ebenfalls vorteilhaft aus.

Auch der jährlich publizierte Bericht des Internationalen Managementinstituts für Entwicklung (IMD) kommt im Bericht für das Jahr 2012 zu ähnlichen Schlüssen: Die Schweiz figuriert darin auf Rang 3 hinter Hongkong und USA. Von den europäischen Staaten sind lediglich Deutschland, Schweden und Norwegen unter den Top 10 aufgeführt.

Als Gründe für die hohe Wettbewerbsfähigkeit nennt das Institut unter anderem die politische Stabilität, aber auch die hohe Qualifikation der Arbeitnehmenden.

#### **Auch Spitzenposition bei der Innovation**

Die neueste Umfrage des Konjunkturforschungsinstituts der ETH, KOF, zur Innovation der Schweizer Wirtschaft, die im Auftrag des Seco im Herbst 2011 bei rund 6000 Unternehmen durchgeführt worden ist, kommt zum Schluss: Die Schweizer Wirtschaft nimmt in Sachen Innovationsleistung innerhalb der europäischen Länder zusammen mit Deutschland eine Spitzenposition ein.

Die Schweiz ist im Vergleich mit anderen Ländern Europas zwar weiterhin an der Spitze. Doch viele Länder haben in den letzten zehn Jahren – teilweise sogar markant – aufgeholt.

#### **Genauer hingeschaut: Schweiz teilweise nur Mittelmass**

Das hohe Ranking ist ein gutes Zeugnis für die Schweizer Volkswirtschaft und ihr Know-how. Es zeigt aber vor allem, dass die Schweiz für Unternehmen ein guter Standort ist. Doch das ist nur eine Teilansicht. Betrachtet man aber die angewandten Messkriterien näher, so stellen sich erhebliche Probleme heraus:

- Aus gewerkschaftlicher Sicht sind Kriterien wie der hochflexible Arbeitsmarkt (das heisst: das Fehlen von wichtigen Regelungen zum Schutz der Arbeit und die zunehmende Löcherung der bestehenden Regelungen durch die Unternehmen) kaum dazu angetan, die langfristige stabile Entwicklung der Volkswirtschaft zu fördern. Genauso wenig helfen uns die in verschiedenen Studien positiv genannten Kriterien wie etwa Discount-Steuern oder andere Privilegien für global agierende Konzerne, die so in die Schweiz gelockt werden. Die Schweiz bekleidet auch einen Spitzenrang als Steuerfluchtparadies, mit allen negativen Auswirkungen für die produzierende Wirtschaft, die sich inzwischen deutlicher abzeichnen. Diese Kritik liesse sich auf verschiedene andere Kriterien dieser Studien ausdehnen.
- Diese Studien tragen der Währungssituation, also den Tauschverhältnissen mit dem Euro-Raum keine (oder ungenügend) Rechnung.
- In Bezug auf die Industrie verdecken diese Studien andere entscheidende Schwächen, weil sie teilweise stark auf Finanzinteressen (WEF) ausgerichtet sind oder weil sie zu wenig zwischen KMU und Grossunternehmen unterscheiden. KMU arbeiten unter anderen Bedingungen als Grossunternehmen, etwa beim Zugang zu Kredit (siehe Seite 36) oder zu Forschung und Innovation.

KMU, vor allem mittlere Unternehmen, sind starke Innovationstreiber. Doch KMU, vor allem kleine Unternehmen, leiden zunehmend unter dem ungenügenden Transfer von Forschung und Innovation. Die Kommission für Technologie und Innovation, KTI etwa wurde auf Betreiben von Interessenvertretern grösserer Unternehmen und der Banken im Parlament so ausgelegt und ausgestattet, dass sie ihre eigentliche Rolle nicht wahrnehmen kann (siehe Seite 31). Eine kräftige Industriepolitik müsste das aufgreifen und lösen.

Das Problem betrifft nicht nur technisches Wissen, sondern auch strategische Chancen. Keine einzige Institution der öffentlichen Hand hat rechtzeitig auf die Entwicklung der künftigen Leitindustrien im Bereich Cleantech und ökologischer Umbau hingewiesen. Noch weniger wurde der Transfer dieses strategischen Wissens organisiert. Dies im Unterschied zur EU und zu sämtlichen Ländern, die mit der Schweizer Wirtschaft in Konkurrenz stehen. Die Folge: Den KMU entgehen Marktchancen, und Zehntausende von potentiellen Arbeitsplätzen wurden nicht geschaffen.

So ist die Schweiz bei diesen Zukunftsindustrien nur Mittelmass. Im Cleantech Global Innovation Index 2012 von WWF und Cleantech Group steht die Schweiz bloss auf Rang 15 – von 38 Ländern. Noch hinter China und Indien. Dass die Schweiz in diesem Bereich heute ein Entwicklungsland ist, verdankt sie den ideologischen Scheuklappen ihrer Verbandsvertreter und Politiker, die jede Industriepolitik verweigern.

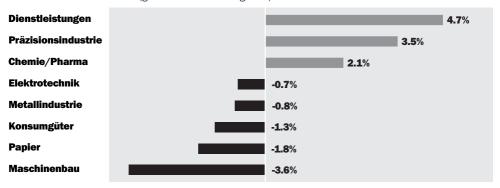
#### **Hoher Frankenkurs stellt Industriestandort Schweiz in Frage**

Ein entscheidendes Minus für die Industrie ist der hohe Frankenkurs (andere Wirtschaftssektoren profitieren vom Anabolika-Franken). Laut Umfrage des KOF denken viele Unternehmer über die Auslagerung von Produktion sowie von Forschung und Entwicklung ins Ausland nach. Die Folge wäre ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen in der Schweizer Industrie. Das bestätigt, dass hier klar Handlungsbedarf besteht.

Die Osec, die im Auftrag des Bundes exportwillige Schweizer KMU unterstützt, analysiert periodisch aufgrund von Umfragen die Exportperspektiven der KMU-Wirtschaft. Die Erwartungen für das 3. Quartal 2012 zeigen, dass die KMU-Betriebe die Exportchancen im Vergleich mit dem 2. Quartal erheblich pessimistischer beurteilen: «Mit Ausnahme der Branchen Dienstleistungen, Präzisionsindustrie sowie Chemie und Pharma gehen die übrigen Sektoren von einem Rückgang aus – allen voran der Maschinenbau, aber auch die Papierindustrie und der Konsumgütersektor erwarten deutlich rückläufige Ausfuhren», so die Analyse der Osec.

#### **Exporterwartung im 3. Quartal 2012 nach Sektoren**

Wachstumserwartung aufgrund der Befragung eines Panels von über 200 Schweizer KMU (gewichtet nach Firmengrösse)



Die Unternehmen, die in den kommenden Monaten höhere Exporte erwarten, führen dies vor allem auf Produktinnovation zurück. Darauf entfallen 49% der Nennungen. Die KMU, die von rückläufigen Ausfuhren ausgehen, schreiben dies neu primär dem konjunkturellen Abschwung zu: 56% nennen diesen Faktor, gegenüber 42% im Vorquartal. Quelle: KMU-Exportperspektiven der Osec

Gemäss Osec machen sich die KMU wieder mehr Sorgen über die Währungsproblematik: «Zu Beginn des 3. Quartals 2012 erwarten 70% der im Rahmen der KMU-Exportperspektiven der Osec befragten Unternehmen, dass sich ihr Exportwachstum als Folge des starken Schweizer Frankens verlangsamen werde. Im Vorquartal waren es 64%.»

Besonders sensitiv bezüglich der Währungsentwicklung zeigen sich laut Osec-Umfrage die Branchen Maschinenbau und Metallindustrie, in denen 86% respektive 83% der KMU einen negativen Einfluss erwarten.

#### Schlechte Exportaussichten – Alarmzeichen für Wirtschaft und Politik

Auch der Exportbarometer der Credit Suisse kommt zum Schluss, dass sich die Exportaussichten für die Schweizer KMU weltweit verschlechtert haben. Waren im Vorquartal noch positive Impulse aus den USA zu erwarten, stehen die Zeichen derzeit nur noch in wenigen Schwellenländern, namentlich der Türkei, Russland und Indien, auf Wachstum.

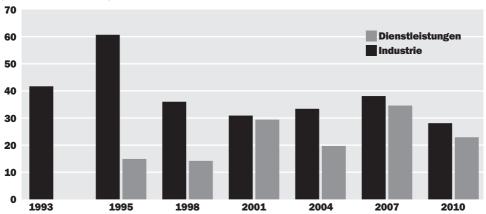
Das sind Alarmzeichen, welche Politik und Wirtschaft zum Handeln zwingen. Denn es geht um die Zukunftsperspektiven und Nachhaltigkeit des Industriestandortes Schweiz, der für Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand sorgt.

Passiv zuzuschauen, wie Tausende von Arbeitsplätzen in der Schweizer Industrie liquidiert werden, ist aus der Sicht Arbeitnehmenden und der Gewerkschaft Unia eine unverantwortliche Politik. Darum braucht es dringend eine gemeinsame Industriepolitik der Sozialpartner in der MEM-Industrie. Denn eine Erfahrung müssen wir uns klar vor Augen führen: Wer aufgrund der aktuellen Krise Arbeitsplätze ins Ausland verlagert, hat kaum eine Chance, diese Arbeitsplätze wieder in die Schweiz zurückzuholen. Auslagerungen sind irreversibel. Umgekehrt gilt: Die Chance, Arbeitsplätze durch Industriepolitik zu erhalten, gibt es auch nur einmal.

Die Konkurrenz in der Industrie ist gewaltig, z.B. aus Ländern wie China, Brasilien, der EU oder aus Japan. Alles Länder, die eine aktive Industriepolitik betreiben. Zugunsten ihrer Standorte und Arbeitsplätze.

#### Anteil innovativer Produkte am Umsatz, 1992-2010

(Basis: innovative Firmen)



Die Grafik zeigt, dass der Anteil innovativer Produkte am Umsatz insgesamt sehr hoch, aber im Vergleich mit der ersten Hälfte der neunziger Jahre gesunken ist. Der nochmalige Rückgang im Jahr 2010 macht klar, dass die Krise auf die Innovationsleistungen drückt. Quelle: KOF ETHZ/Die Volkswirtschaft

#### Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Industrie.

## Eine starke Exportindustrie bringt auch die Binnenwirtschaft in Schwung.

Massiver Abbau von Industriearbeitsplätzen in der Krise der neunziger Jahre, 57 000 neue Arbeitsplätze in den Jahren 2004 bis 2008. Dieser Aufschwung ist durch die Finanzkrise ausgelöste weltweite Rezession jäh gestoppt worden. Doch die Erfahrungen der Jahre 2004 – 2008 zeigen deutlich: Die Schweizer Industrie, die ihre Produktion zur Hauptsache in alle Welt exportiert, ist ein wichtiger Wachstumstreiber für die gesamte Volkswirtschaft in der Schweiz. Die Binnenwirtschaft profitiert davon. Wie eine Branchenanalyse der Credit Suisse, publiziert in der Zeitschrift «Die Volkswirtschaft» (5/12) aufzeigt, liegt die Bedeutung der Exportindustrie für die Schweizer Wirtschaft unter anderem im Beitrag der Waren- und Dienstleistungsexporte zum Wirtschaftswachstum.

Gemäss dieser Analyse betrug zwischen 2004 und 2008 das durchschnittliche jährliche Wertschöpfungswachstum in der Industrie 4,6%, während das reale Bruttoinlandprodukt insgesamt um «nur» 3% pro Jahr angestiegen ist. Ohne Exporte wäre die Schweizer Wirtschaft in dieser Periode um jährlich durchschnittlich 0,3% geschrumpft, denn zwischen 1990 und 2010 trug die ausländische Nachfrage insgesamt 1,8 Prozentpunkte zum durchschnittlichen jährlichen Wachstum des realen BIP von 1,5% bei.

#### Schweizer KMU-Wirtschaft sehr attraktiv, aber unter hohem Druck

Eine Studie des KOF ETH stellt fest, dass die KMU-Betriebe, das heisst Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten, eine besonders starke wirtschaftliche Rolle spielen, denn im europäischen Vergleich sind die Schweizer KMU-Betriebe insgesamt innovativer als die KMU in allen EU-Ländern: «Dank eigener Innovationsaktivitäten ist ein erheblicher Teil der KMU befähigt, firmenexternes Wissen aufzunehmen und dieses mit internem Know-how zu kombinieren. Damit verfügen viele KMU über die nötigen Voraussetzungen, um mit technologisch hochwertigen Produkten auf dem Weltmarkt – meist in Nischen – erfolgreich zu sein.»

Auf diesem Hintergrund kann es für Wirtschaft und Politik nicht egal sein, welches die Aussichten der KMU-Wirtschaft unter den heute sehr schwierigen Bedingungen von Konjunktureinbruch und hohem Frankenkurs sind. Die Grafik über die Exporterwartungen für das 3. Quartal 2012 auf Seite 14 belegt in aller Deutlichkeit, dass politischer Handlungsbedarf besteht.

## Der überbewertete Franken gefährdet Zehntausende von Arbeitsplätzen.

# Geldpolitik der Nationalbank ist existenziell für Teile der Exportindustrie.



Die am 6. September 2011 von der Nationalbank SNB eingeführte Franken/Euro-Untergrenze hat sich wie erwartet durchgesetzt. Der Franken/Euro-Kurs bewegt sich seither um die 1.20. Doch trotz der Untergrenze ist der Franken nach wie vor stark überbewertet. Nimmt man Deutschland als Referenz, beträgt die Überbewertung deutlich mehr als 20 Prozent. Der «faire» Franken-Kurs dürfte deshalb zwischen 1.45 und 1.50 Franken/Euro liegen. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Ein bedeutender Teil der internationalen Konkurrenten der Schweizer Exportindustrie befindet sich zudem in Deutschland.

#### Franken gegen Jobs

Die negativen Folgen des überwerteten Frankens werden immer deutlicher. Er verteuert die Exporte. Die Warenexporte sinken. Gleichzeitig werden ausländische Produkte billiger, worunter die im Inland für den inländischen Markt produzierenden Firmen leiden. Viele Firmen kaufen vermehrt im Ausland ein, was die inländischen Zulieferer schädigt. Die Schweizer Industrie geht von einem tieferen Bestellungseingang aus. Das BIP sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt. Es herrscht Rezessionsgefahr und die Preisstabilität ist in Gefahr. Und die Pensionskassen dürften schon rund 20 bis 30 Milliarden Franken Buchverluste erlitten haben.

Die Erfahrungen früherer Währungs-Verwerfungen zeigen: Wird der Franken um 10 Prozent stärker, kann das in 3 bis 5 Jahren bis 100 000 Arbeitsplätze kosten.

Über die Gründe der Franken-Aufwertung zirkulieren teilweise ökonomisch falsche Ansichten. Sie wird gerne einzig und allein auf die Spekulation der internationalen Finanzakteure gegen den Euro zurückgeführt (an der sich auch Schweizer Banken und Fonds massiv beteiligen). Die Hauptgründe aber liegen anderswo. Sie sind hausgemacht. Sie liegen weiter bei der Nationalbank, die in einer ersten Phase die Bekämpfung der Aufwertung einstellte, und dann in einer zweiten Phase zwar intervenierte, aber diese Intervention auf Druck von Banken und anderen Wirtschaftsakteuren zaghaft auf nur 1.20/Euro anlegte. Sie liegen bei der Spekulation von Banken und Fonds auf einen steigenden Franken. Und, das ist zentral: Die Aufwertung findet statt, weil der Schweizer Finanzplatz als Fluchtburg des Kapitals hoch attraktiv ist. Dafür haben die weitgehende Deregulierung, das Steuerfluchtgeheimnis, die weltweit einmalige Konzentration der Bankkonzerne (zwei Banken halten 50 Prozent des Marktes), eine massive Steuerbefreiung von Finanztransaktionen, die Tiefsteuerpolitik gegenüber Konzernen, das Holding-Statut und verschiedene andere Entscheide gesorgt. Mit anderen Worten: Economiesuisse, Bundesrat und Parlamentsmehrheit haben den Finanzplatz gegen den Werkplatz gespielt. Bankenpolitik statt Industriepolitik.

In einem kürzlichen Referat zur Lage der Schweizer Industrie bestätigte Swissmem-Präsident Hans Hess, dass der starke Schweizer Franken die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Exportfirmen 2010 und 2011 stark reduziert hat. Die Preise im Ausland seien um 15 Prozent gesunken, die Margen in vielen Firmen um 5 bis 10 Prozent. Der Schweizer Binnenmarkt werde zudem immer teurer. Aus der Sicht des Swissmem-Präsidenten ist die Situation für Teile der Exportindustrie, vor allem für die KMU-Betriebe dramatisch.

#### Druck auf Löhne und Arbeitsplätze

Die Überbewertung führt zu einem Druck auf die Löhne und Arbeitsplätze. Auseinandersetzungen mit über 80 Unternehmen in den letzten zwei Jahren (darunter auch etliche Vertragsfirmen) zeigen, dass viele Arbeitgeber dazu neigen, das Frankenproblem über Mehrarbeit ohne Lohnausgleich zu lösen. Dies ist anti-sozialpartnerschaftlich. Perverserweise verschärfen gleichzeitig die Banken bei Unternehmen, die unter dem übergewichtigen Franken leiden, die Kreditbedingungen.

Das macht eine Präzisierung aus gewerkschaftlicher Sicht notwendig: Wir sehen den Zusammenhang zwischen Frankenkurs und Exportmargen, resp. Exportvolumen. Aber die steigenden Umsätze mancher Firmen und die Gewinnentwicklung mancher Konzerne schliessen jeden Automatismus zwischen Frankenüberbewertung und Notmassnahmen im Betrieb aus. Wo Arbeitsplätze bedroht sind, bieten wir Hand für Lösungen. Die Bedingungen dafür aber sind klar: Verteilung der Lasten auf alle Akteure (inklusive Banken, Aktionäre, Management). Und Transparenz bei den Zahlen (Hedging beim Import von Rohwaren, Geldabflüsse usw.).

#### **Die Forderungen der Unia**

- Die Nationalbank muss handeln. Ihr Auftrag schreibt für solche Situationen eine expansive Geldpolitik vor. Sie muss die Wechselkurs-Untergrenze weiter anheben. Anzustreben ist ein Wechselkurs von 1.40 Franken/Euro. Nur so kann der Druck auf Löhne und Arbeitsplätze vermindert werden.
- Der Bund muss die SNB dabei unterstützen, etwa indem er Kapitalverkehrskontrollen einführt, die Bankgeschäfte reguliert und andere Treiber der «Finanziarisierung» reguliert. Finanziarisierung bedeutet, dass die Finanzindustrie allen Bereichen der produzierenden Wirtschaft ihre Finanzlogik aufzwingt.
- In der Schweiz müssen Schweizer Löhne bezahlt werden. Das verlangen die Flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit. Bund und Kantone müssen diesen Grundsatz konsequent durchsetzen. Unter anderem mit mehr und schärferen Kontrollen und mit einer wirksamen Solidarhaftung. Lohnzahlungen in Euro sowie tiefere Löhne für Grenzgänger sind deshalb unzulässig.

Wenn sich der Frankenkurs nicht bald normalisiert, und wenn im Export weniger Geld verdient wird, sind auch die Löhne in der Binnenwirtschaft längerfristig gefährdet. Und damit die Kaufkraft, die das Schweizer «Krisenwunder» möglich macht.

Dazu kommt, dass sinkende Exporterlöse und Exporterwartungen die Innovationstätigkeit bremsen. Die Unternehmen investieren dann eher in Rationalisierungen, wie die Studie der KOF ETH aufzeigt. Damit fehlen wichtige Investitionen in die künftigen Produkte, welche die Wettbewerbsfähigkeit von morgen begründen.

Fazit: Damit die Löhne und Arbeitsplätze und somit der Wohlstand in der Schweiz auch längerfristig gesichert sind, muss die Nationalbank den Franken auf ein einigermassen normales Niveau bringen. Darum müssen Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam darauf hinwirken, dass die Nationalbank ihre Politik ändert. Denn Währungspolitik muss Industriepolitik sein.

#### **Unia-Vorschlag:**

#### Absicherung von Währungsrisiken für die Schweizer Exportindustrie (Serv+)

Legen die Sozialpartner bei den kommenden GAV-Verhandlungen die Grundlage für eine neue Sozialpartnerschaft, wird sich die Gewerkschaft für eine Serv+ stark machen, die Währungsrisiken abdeckt. Die Finanzwirtschaft bietet zwar vielfältige Produkte zur Versicherung von Wechselkursrisiken an. Diese werden aber wenig genutzt, weil sie den Bedürfnissen der Exportwirtschaft kaum gerecht werden. Deshalb hat Unia-Gewerkschafter und Nationalrat Corrado Pardini im Sommer 2011 eine Motion im Nationalrat eingereicht, die den Bundesrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Schweizer Exportrisikoversicherung Serv geeignete Massnahmen zu entwickeln, damit die Exportwirtschaft starke Wechselkursschwankungen versichern kann. Bei der Gestaltung der Versicherung sollen dabei Währungsrisiken, die für die Exportwirtschaft einen plötzlichen, unvorhergesehenen Tischkanteneffekt haben, besonders berücksichtigt werden. Analog der Kurzarbeitsentschädigungsversicherung sollen zudem klare Kriterien für die Versicherung festgelegt werden, wie z.B. zeitliche Befristung oder ein Verbot von Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen.

Im Prinzip läuft das Unia-Modell darauf hinaus, dass die exportierenden Unternehmen ihre Euro unter bestimmten Bedingungen zu einem fairen festen Kurs tauschen können. Finanziert werden kann das mit einer vernachlässigbaren, automatischen (unbürokratischen) Devisenhandels-Abgabe im Promillebereich. Das folgt dem Verursacherprinzip. Beim enormen Volumen der Devisengeschäfte in der Schweiz (rund 5000 Milliarden Franken pro Monat allein bei den traditionellen Devisengeschäften) würde schon eine Abgabe von 0,1 oder sogar nur 0,05 Prozent einen Betrag für die Serv+ einspielen, der weit über den notwendigen Mitteln des Wechselkursausgleichs liegt.

Der Bundesrat hat die Motion vorerst abgelehnt. Im Interesse der Exportwirtschaft muss dieses Anliegen weiter verfolgt werden.



#### **Unternehmen und Politik sind gefordert.**

## Mit einer aktiven Industriepolitik schaffen wir den Industrie- und Werkplatz der Zukunft.

Die Gewerkschaft Unia fordert seit Jahren, besonders seit der Finanzkrise 2008, eine starke Wirtschafts- und Industriepolitik in der Schweiz. Aktive Gewerkschaftsmitglieder aus den Betrieben der Maschinenindustrie haben im Frühherbst 2011 Tausende von Unterschriften in den Betrieben gesammelt und an Bundesrat und Nationalbank appelliert, endlich aktiv zu werden im Interesse des Industrie- und Werkplatzes Schweiz.

Doch bewegt hat sich in Sachen Industriepolitik noch nichts. Sowohl der Bundesrat wie auch die mächtigen Wirtschaftsverbände blockieren bis heute eine aktive Industriepolitik. Bundesrat Johann Schneider-Ammann, der Volkswirtschaftsminister des Landes, sagt kategorisch Nein.

«Ich will keine Industriepolitik.» Seine Begründung: «Solange der Ruf nach dem Staat den Verbesserungen der Rahmenbedingungen gilt und nicht interventionistische Massnahmen zugunsten der einen oder andern Industrie verlangt, unterstütze ich dies. Auch in geld- und wirtschaftspolitisch angespannten Zeiten wie heute müssen wir jedoch der Versuchung widerstehen, Industriepolitik machen zu wollen. Die Geister, die man damit riefe, brächte man nie wieder in die Flasche zurück!»

Das steht dem Volkswirtschaftsminister wohl die (neoliberale) Ideologie im Wege. Ihm müssten Wirtschaft und Beschäftigung am stärksten unter den Nägeln brennen. Oft genug hat er über die sehr schwierige Lage der Exportindustrie öffentlich lamentiert. Schneider-Ammann blendet zwei Dinge aus: Alle Nachbarländer machen Industriepolitik, nur die Schweiz nicht. Sogar in Grossbritannien, das von Margaret Thatcher brutal desindustrialisiert worden war («Thatcherismus»), rufen ihre konservativen Nachfolger zur Re-Industrialisierung auf. Der Bundesrat aber macht lieber, dafür umso intensiver, Politik für den überschätzten und volkswirtschaftlich brandgefährlichen Bankensektor.

Und: Industriepolitik in Zeiten globaler Re-Industrialisierung zu verweigern, ist auch eine Form von Ordnungspolitik. Eine aggressive Form von Politik gegen den Werkplatz. Die Politik des Bundesrates, die auch die Politik der Economiesuisse ist, zieht Multinationale Unternehmen, Banken und prekäre Dienstleistungen einer produzierenden Wirtschaft vor. Wenn der Bundesrat alles daran setzt, die Unternehmenssteuern für die Reichsten in der Schweiz zu senken, ist auch das Industriepolitik. Allerdings nicht nach den Vorstellungen der Gewerkschaft Unia. Und auch nicht im Interesse der Arbeitsplätze.

Jene, welche die Politik von Economiesuisse und Bundesrat bestimmen, wollen statt Industriepolitik lieber Steuersenkungen und billige, ungeschützte Arbeit.

Doch so gut wie allen Ökonomen ist heute aber klar: Ohne Industriepolitik der öffentlichen Hand ist der ökologische Umbau, der eine entscheidende Zukunftschance für die Schweizer Wirtschaft ist, nicht zu haben. Vor allem nicht für die KMU, die Arbeit schaffen. Darum ist es zwingend, dass sowohl Politik wie Wirtschaftsverbände über die Bücher gehen.

#### Welche Industriepolitik?

In Gesprächen mit dem Volkswirtschaftsminister, mit Politikern und mit Verbandsleuten wird klar, dass sie unter der Industriepolitik, die sie ablehnen, Subventionen, Strukturerhaltung, Handelsschutz, 5-Jahrespläne, staatlich gelenkte Produktion und ähnliche interventionistische Massnahmen verstehen. Das war vorgestern.

Heute besteht Industriepolitik darin, wieder die produktive Arbeit ins Zentrum zu stellen, die zerstörerischen Mechanismen des Finanzsektors zu zähmen, Forschungs- und Innovationstransfers zu organisieren, Investitionen anzustossen, den ökologischen Umbau und die Energiewende entschieden zu fördern, billigen Unternehmenskredit zu schaffen, die Produktivitätsgewinne besser zu verteilen, Infrastrukturen zu erneuern, einen starken öffentlichen Dienst zu schaffen, mit gesetzlichen Mitteln nützliche Investitionen zu favorisieren, mit Ausbildungs-Offensiven das Wissen und Können zu fördern ...

Die Frage lautet also nicht «Industriepolitik Ja oder Nein?», sondern: «Welche Industriepolitik wollen wir?»

#### **Echte Sozialpartnerschaft**

Wenn sich die Arbeitgeber einer aktiven Industriepolitik verweigern, nehmen sie die Arbeitnehmenden in Geiselhaftung mit der Drohung, Arbeitsplätze ins Ausland auszulagern. Um damit auf die Arbeitsbedingungen und Löhne Druck auszuüben. Das zerstört Sozialpartnerschaft. Und führt in eine Sackgasse von sozialen Konflikten.

Die Gewerkschaft Unia schlägt dem Arbeitgeberverband Swissmem heute eine sozialpartnerschaftliche Industriepolitik vor. Sie muss auf zwei Beinen stehen: Nachhaltiger produktiver Fortschritt und sozialer Fortschritt. Wir nennen es den ökosozialen Umbau.

#### Die Industriepolitik, die wir wollen.

### Im Fokus: Innovation, Arbeitsplätze, Nachhaltigkeit, sozialer Fortschritt.



Das schlechteste Argument gegen eine neue Industriepolitik heisst: «Wir sind gegen Strukturerhaltung und Wettbewerbsverzerrung.» Das ist die Sicht der neoliberalen Politik der neunziger Jahre, die mit dem Shareholder-Value und der Entfesselung der Finanzwirtschaft ganze Industrien in der Schweiz kaputtgeschlagen hat. Und damit die hochproduktive Industriesubstanz einer kurzsichtigen Gewinnlogik geopfert hat. Und zugleich ein enormes Wissen und Können vernichtet hat.

#### Investieren für die Zukunft

Dagegen lautet unser zentraler Orientierungspunkt: Investieren. Investieren für die Zukunft. Investitionen in Bildung und Forschung, in Innovationsförderung und Nachhaltigkeit und damit vor allem auch Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das sind die Instrumente, um den dringenden öko-sozialen Umbau der Wirtschaft an die Hand zu nehmen. Hier liegt der Kern der Sache.

Nennen wir die wirtschaftlichen Realitäten der letzten zwei Jahrzehnte unverblümt beim Namen: Die Schweizer Unternehmen haben seit zwei Jahrzehnten hohe Gewinne eingefahren. Diese Gewinne sind eher in Finanzgeschäfte und Aktionärsausschüttungen als in Investitionen geflossen. Die Strategie der Besitzenden in der Schweiz ist seit langem klar: Steuern sparen. Schwacher Staat. Hohe Gewinne. Wenig investieren.

Früher lautete ein Slogan der Unternehmer: Die Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Heute erleben wir oft: Die Gewinne von heute sind die Arbeitslosen von morgen.

#### Was wir heute anstreben und vorschlagen

- Schwächung des Frankens durch Geldpolitik, Regulierung des Finanzsektors und Umsteuerung in der Steuerpolitik.
- Massiver Ausbau der KTI
- Paritätischer Fonds für eine produktive Schweiz
- Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Einstieg in intelligente Energieproduktion, smarte Verteilung und Verbrauchsreduktion. Verbunden mit Versorgungssicherheit zu konkurrenzfähigen Preisen
- Bildungsoffensive
- Förderung von Berufsbildung, Fachhochschulen, Hochschulen
- Investitionspolitik der öffentlichen Hand (Infrastrukturen, Energie, Verkehr usw.)
- Gesetzlicher Mindestlohn und natürlich endlich Lohngleichheit
- Mechanismen zur Stärkung der Mitentscheidung durch die Belegschaften (Know-how)
- Garantierter Wechselkurs für Exporte, finanziert durch minimale Devisenhandelsabgabe (Verursacherprinzip)

Mit einer aktiven Industriepolitik wollen wir den drohenden Niedergang der Industrie stoppen. Denn wir engagieren uns für einen nachhaltigen und innovativen Industriestandort und Werkplatz Schweiz.

#### Die angelaufene Re-Industrialisierung: Immense Chance für Wirtschaft und Beschäftigung.

## Der ökosoziale Umbau ist mehr als nur eine Vision. Er ist unsere Zukunft.



Eine Studie des Berliner Umweltministeriums («Greentech-Atlas 2.0») von 2009 sagt, dass der ökologische Umbau in den nächsten sieben Jahren global zu einem 4000-Milliarden-Markt wird, der weltweit viele Millionen Jobs generiert. Bis zu 60 Millionen Jobs, schätzte die Internationale Arbeitsorganisation ILO in Genf.

Etliche Zehntausend Jobs davon müssten eigentlich in der Schweizer Industrie anfallen. Das Land ist gut gerüstet. Das technische Wissen und Können der Arbeitenden ist hoch. Ihre Produktivität sogar Spitze. Sie beherrschen die meisten Technologien, denn die sind meist aus Mikrotechnik, Mikroelektronik und Chemie abgeleitet. Unsere technischen Hochschulen und Universitäten sind weltweit führend. Und Kapital gibt es im Überfluss.

#### Verschlafen wir den Umbau?

Doch bisher haben die Unternehmer in der Schweiz in den neuen Industrien erst ein paar Tausend Arbeitsplätze geschaffen. Viele Unternehmen investieren kaum noch in die Zukunft. Zwar steht die Schweizer Forschung in allen Ranglisten auf den ersten Plätzen. Aber in der Anwendung dieser Forschung taucht die Schweizer Wirtschaft abgeschlagen auf Platz 15 auf. Weit hinter den Nordeuropäern, den USA, Deutschland, Irland und sogar Südkorea, Indien und China.

Der ökologische Umbau ist dringend notwendig. Weil die ökologischen Verheerungen enorme Schäden an Welt und Menschen anrichten. Das ist die Krise einer ganzen Produktionsform. Deshalb stehen wir an einer historischen Wende. Wir müssen lernen, anders zu produzieren. Und das ist eine grosse Chance, mehr und bessere Arbeit zu schaffen, in der Schweiz und weltweit.

#### **Industrielle Revolution im Gange**

Längst krempelt eine weitere Industrielle Revolution die Verhältnisse um: Neue Technologien wie Nanotechnik, knapper werdende Rohstoffe, Energiekrise, das absehbare Ende des Ölzeitalters, das CO2-Klima-Desaster, der Atomausstieg und die Lebensmittelverknappung.

Spricht man vom ökologischen Umbau, verstehen viele darunter nur die Energiewende. Das ist zwar ein wichtiger Teil. Sie schafft enorme Märkte, z.B. mit der Isolation am Bau, neuen Baumaterialien, der Energieproduktion mit Solarzellen, Windrädern, Wasser, Wärmepumpen, Biogas und Wasserstoffmotoren. Mit smarter Stromverteilung. Energiespeicherung. Wassereffizienz. Und mit energiesparenden Geräten und Werkzeugmaschinen.

Aber ökologischer Umbau ist viel mehr. Er stellt weite Teile der Produktionsweisen auf den Kopf. Zum Beispiel mit neuen Werkstoffen und Beschichtungen, mehr Rohstoffeffizienz, effizienter Materialbewirtschaftung, Leit- und Regelsystemen, intelligenten Verkehrssystemen, Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Robotik, Nano- und Nanorisiken-Industrie, Biochemie...

Ein Beispiel: Viele edle oder seltene Werkstoffe verknappen schnell. Und sie sind ein strategischer Zankapfel (siehe etwa Seltene Erden unter chinesischer Kontrolle). Sogar relativ banale Werkstoffe wie Silizium werden in exponentiellen Wachstumsraten verwendet und verteuern dadurch rasch. Die Rohstoffspekulation durch Rohstoffkonzerne und Hedgefonds tut ein übriges. Eine Lösung besteht darin, gewöhnlichere Werkstoffe, die zudem ökologischer abgebaut/hergestellt werden können, durch Veredelungen, Beschichtungen, biochemische Transformationen usw. mit den erwünschten Werkstoffeigenschaften seltener Materialien zu versehen. Dieses Upgrading allein wird nach vorsichtigen Schätzungen des MIT vor 2020 zum zweistelligen Milliardenmarkt.

#### **Energie heute:**

#### Service public macht es vor: Energieeffizienz und Konkurrenzfähigkeit

Die vier bundesnahen Unternehmen SBB, Post, Swisscom und Skyguide wollen ihren Energieverbrauch und den CO2 im Zuge der Energiestrategie 2050 weiter reduzieren, auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Bis 2030 will die SBB beispielsweise vollständig auf erneuerbare Energien umsteigen. Auch die Swisscom und die Post wollen mehr Energieeffizienz.

#### **Der grosse Motor**

Der öko-soziale Umbau wäre ein hoch dynamischer Motor zur Re-Industrialisierung der Schweiz. Im Bereich Cleantech könnten in der Schweiz, so die Schätzungen, bis 200 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Eine Studie der ETH zur Energiezukunft der Schweiz kommt zum Schluss, dass z.B. der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie, wie von Bundesrat und Parlament beschlossen, technologisch grundsätzlich machbar und volkswirtschaftlich verkraftbar sei, wobei die Studie auch klar macht, dass noch grosse Anstrengungen in allen Sektoren und auf allen Ebenen der Gesellschaft vonnöten sind, damit die angestrebte Energiewende unter Einhaltung der gesteckten Klimaziele und ohne Wohlstandsverlust möglich wird.

Das ist Industriepolitik, von der wir sprechen.

#### Maschinenindustrie profitiert mehr als andere

Die ETH-Studie beschäftigt sich dabei auch mit den Auswirkungen des Umbaus des Energiesystems auf die Wirtschaft. Die Verteuerung der fossilen Energien und der Umstieg auf erneuerbare Energien führten zu moderat ansteigenden Energieausgaben. Wie die Expertengruppe der ETH schreibt, würden die Energiekosten jedoch zu keinem Zeitpunkt so stark ansteigen, dass sie nicht aus dem zusätzlichen Einkommen gedeckt werden könnten. Höhere Energiepreise hätten schliesslich auch veränderte Investitionsanreize und einen Strukturwandel zur Folge. Davon würden vor allem diejenigen Sektoren profitieren, in denen überdurchschnittlich viel Innovation zu erwarten sei, so z.B. die Maschinenindustrie. Gleichzeitig sagt die Studie allen Wirtschaftssektoren mit einer nachhaltigen Energieversorgung ein positives Wachstum voraus.

#### **Viele neue Jobs:**

#### Erneuerbare Energien sehr beschäftigungswirksam

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland hat weiterhin auch erhebliche Wachstums- und Arbeitsplatzeffekte. Zu diesem Ergebnis kommt eine mehrjährige Studie, die ein Team renommierter Forschungsinstitute unter Federführung der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung zwischen 2008 und 2011 für das deutsche Bundesumweltministerium durchgeführt hat. Demnach stieg der gesamte Beschäftigungsbeitrag der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2010 auf rund 367 000 Personen an. Dies ist deutlich mehr als eine Verdoppelung gegenüber 2004. Bis 2030 kann sich die Beschäftigung, trotz Überkapazitäten im Solarbereich, auf mehr als eine halbe Million Beschäftigte weiter erhöhen. Quelle: Broschüre BMU «Erneuerbar beschäftigt!», 2. aktualisierte Auflage vom Juli 2011.

Zu ähnlichen Schlüssen kommt übrigens eine Studie von McKinsey im Auftrag des Bundesamtes für Energie (BFE) vom Februar 2010. Das Fazit: «Die schweizerische Wirtschaft ist traditionell durch ihre hohe Wertschöpfung stark exportorientiert. Die weltweiten Bestrebungen nach einem effizienten Einsatz von Energieträgern bieten deswegen zukunftsgerichteten Industrien erhebliches Wachstumspotenzial in einem globalen Markt.»

Eine weitere Studie von McKinsey vom April 2009 dokumentiert, welche strategische Bedeutung die Energie und damit der Energieumbau Richtung Energieeffienz für die Weltwirtschaft insgesamt hat. Von der Weltproduktion entfielen «36 500 Milliarden Euro auf Unternehmen, bzw. Industrien, für die es auch eine strategisch entscheidende Rolle spielt, welche Form von Energie in welcher Menge und zu welchen Kosten in Produktion und Produktionsprozessen verbraucht wird.»

Das Potential ist riesengross. Aber dazu braucht es die erforderlichen Impulse, Massnahmen und Investitionen. Industriepolitik eben.

#### Ist der öko-soziale Umbau industriefeindlich?

## Beispiel neue Energiepolitik und Atomausstieg.

Der ökosoziale Umbau ist nicht industriefeindlich. Im Gegenteil, wie wir gesehen haben: Cleantech wird vor 2020 weltweit die Leitindustrie, noch vor Chemie, Stahl, Auto.

In der Diskussion dominiert aber das Sonderproblem Energie. Strom ist für die MEM-Industrie ein sehr wichtiger Produktionsfaktor. Darum hat Swissmem Ende August dieses Jahres zur Energiestrategie 2050 des Bundesrates öffentlich Stellung genommen. Die Sicherstellung einer hohen Versorgungssicherheit, international wettbewerbsfähige Strompreise und ein hoher Anteil an Inlandproduktion sind aus der Sicht des Industrieverbandes zwingend. Swissmem übt deshalb scharfe Kritik an der Energiestrategie 2050 des Bundes: Sie sei unrealistisch und überschätze massiv die Möglichkeiten zur Verbesserung der Energieeffizienz sowie das Produktionspotenzial der erneuerbaren Energien.

#### Atomausstieg - wirtschaftsfeindliche Energiepolitik oder?

Eines der Hauptargumente gegen den Ausstieg aus der Atomenergie und den Umbau in Richtung erneuerbare Energien ist bekanntlich die Behauptung, dies bedeute das Aus für energieintensive Industrieunternehmen wie z.B. die Stahl- oder die Zementindustrie und bringe damit einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen in der Schweizer Industrie.

Es ist unbestritten, dass der Energieumbau – wie die bereits zitierte ETH-Studie zeigt – eine anspruchsvolle Herausforderung für die energieintensive Industrie ist. Aber sie ist zu bewältigen. In den letzten zwei Jahren sind im Parlament verschiedene politische Vorstösse eingereicht worden, die vom Bundesrat z.B. verlangen, auf dem Gesetzesweg sicherzustellen, dass die Versorgung der stromintensiven Industrie mit Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen sichergestellt ist (Motion Bischof).

#### Stromzukunft:

#### Positive Signale aus der MEM-Industrie

Trotz aller Kritik signalisiert Swissmem die Bereitschaft der Industrie, ihren Beitrag zu leisten und bei der Erarbeitung einer realistischen Energiestrategie 2050 mitzuwirken. Die MEM-Industrie habe bereits in der Vergangenheit einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Energieeffizienz geleistet und gemessen am Jahr 1990 den Energieverbrauch um 39 Prozent gesenkt. Und im selben Zeitraum die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 48 Prozent reduziert.

Aber es wäre eine kurzsichtige Selbsttäuschung, sollte die Industrie am Atomstrom festhalten. Eine hochdotierte Strategiegruppe des Konzerns ABB hat vor einigen Jahren gerechnet und entschieden: Atomstrom ist eine ökonomische Falle.

Früher oder später werden die heute externalisierten und aufgeschobenen Kosten des Atomstroms den Strompreis explodieren lassen. Und sollten weitere AKW gebaut werden, bindet das industrielle Energien und Kapitalien, die uns die Energiewende verpassen liessen. Das Geschäft machen dann die anderen.

#### **Gemeinsame Aufgabe der Sozialpartner in der MEM-Industrie**

Es ist unbestritten, dass in Bezug auf den Strompreis Handlungsbedarf besteht. Im Bundesrat wird beispielsweise die Befreiung energieintensiver Betriebe von Stromabgaben erörtert, wie dies bereits heute teilweise bei der kostendeckenden Einspeiseverfügung gilt. Mittelfristig sind auch klügere Lösungen denkbar. Die Angaben von Swissmem über die Senkung des Energieverbrauchs um 39 Prozent innert zweier Jahrzehnte sind der Beweise dafür.

Gemäss den bereits zitierten Studien von McKinsey und ETH ist der Faktor Energieeffizienz auf der Ebene der Produktion wie bei den Produkten selber der entscheidende Faktor, der auch energieintensive Industriezweige wie Stahl, Chemie, Maschinen- und Anlagenbau, Nichteisenmetalle, Papier usw. auf dem globalen Markt konkurrenzfähig macht.

Suchen wir diese tragfähigen Lösungen in der Industrie. Gerade auch im Hinblick auf den Ausstieg aus der Atomenergie. Wenn wir schon die einmalige Chance haben, in den kommenden Jahrzehnten mit erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und neuen Technologien Zehntausende von neuen Jobs in Industrie und Gewerbe zu generieren, erachten wir es als eine Verpflichtung aller Sozialpartner, gemeinsam die besten Lösungen zu suchen und diese auch politisch und industriell durchzusetzen.

#### **Der Industriestandort Schweiz hat Zukunft.**

## Es braucht mehr Investitionen in Innovation und kräftige Transfermaschinen. Die KTI.

Industriepolitik ist eng mit den Begriffen Innovation und Bildung verknüpft. Für die MEM-Industrie ist die Innovationspolitik ein entscheidender Erfolgsfaktor.

Entscheidend für die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie auf dem Weltmarkt sind vor allem die vielen tausend KMU-Unternehmen. Sie sind besonders innovativ. Viele KMU unterhalten eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Doch gerade hier hinterlassen die Dominanz der Finanzkonzerne und die aktuelle Wirtschaftskrise tiefe Spuren.

Eine Erhebung des Bundesamtes für Energie zeigt, dass viele KMU seit Jahren Investitionen in Innovation zurückstellen, weil sie diese Investitionen nicht finanzieren können. Die Kreditbedingungen der Banken sind zu restriktiv. Eine Mehrheit der Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien, die eigentlich gerne Kredit hätten, stellt erst gar kein Kreditbegehren, weil sie aus Erfahrung eine Ablehnung erwarten. Zu den Kapitalmärkten haben sie kaum Zugang.

Das andere Problem für viele KMU besteht darin, dass der Transfer von Forschung und Wissen harzt. Und dies gleich doppelt. Für kleinere Unternehmen ist es nicht leicht, sich technisch à jour zu halten und neues, rasch wachsendes Wissen aktiv und systematisch bei Hochschulen und Forschungsinstituten abzuholen und in die Produktion zu integrieren. Noch schwieriger ist es für sie, die strategischen Chancen in einer Vielzahl von Innovation zu erkennen, zu filtern und in Verbindung mit ihrem Wissen und Können zu bringen.

### Schwacher Transmissionsriemen Dringlicher Handlungsbedarf bei der KTI offensichtlich

Die im Herbst 2011 vom Bundesrat beschlossenen Sondermassnahmen des Bundes zur stärkeren Förderung von Forschung und Innovation belegt, dass die vorgesehenen Mittel bei weitem nicht ausreichen: Innerhalb von 2 Monaten sind gesamthaft 1064 Gesuche eingegangen, 246 Gesuche wurden bewilligt, 299 zurückgewiesen. Weitere 519 Gesuche wurden nicht einmal evaluiert und auf das Jahr 2012 verschoben und unbehandelt an die Absender zurückgeschickt. Kürzlich wurden nun die Mittel aufgestockt. Zaghaft. Es bleibt Flickwerk.

Die Botschaft des Bundesrates zur Förderung der Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2013 – 2016 zielt mit einem jährlichen Wachstum von 3,7 Prozent in die richtige Richtung. Doch das reicht bei weitem noch nicht. Die Herausforderungen im Bereich von Forschung & Entwicklung und Bildung bedürfen zusätzlicher Mittel, um den Sprung der Schweizer Exportindustrie auf den Weltmarkt im Bereich des öko-sozialen Umbaus zu schaffen.

#### Die Schwachstellen sind also bekannt:

- Der Transfer von Grundlagenforschung und angewandter Forschung von den Hochschulen zu den Unternehmen ist ungenügend und zu langsam. Das gilt vor allem für die KMU.
- Die Mittel der KTI reichen heute nicht aus, um die realen Bedürfnisse vor allem der kleinen und mittleren Betriebe im Sinne einer echten Innovationsförderung abzudecken.
- Durch die extremen Kreditbedingungen der Banken werden notwendige Investitionen und Innovationen verhindert.

#### **Deshalb fordern wir**

- Einen massiven Ausbau der Forschungs- und Innovationsförderung durch Bund und Kantone, etwa die stärkere Förderung der Kompetenzzentren in den Hochschulen und Fachhochschulen.
- Die Mittel der KTI müssen gerade im Interesse der KMU-Betriebe um ein Vielfaches aufgestockt werden. Und die Transferbeschränkungen (KTI ist Partner der Hochschule, nicht des Unternehmens) müssen überprüft werden.
- Die KTI muss um eine industriestrategische Abteilung verstärkt werden, die aktiv Informationen über Marktchancen in die Industrie trägt.
- Ein paritätischer resp. tripartiter Fonds für eine produktive Schweiz muss den Industriekredit zunehmend von den Banken wegnehmen.

#### Die Zukunft der Industrie hängt von Bildung ab.

## Höhere Bildungsinvestitionen sind zwingende Voraussetzung für den Industriestandort Schweiz.

Gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mit Abstand der wichtigste Vorteil der Schweizer Wirtschaft gegenüber der internationalen Konkurrenz. Und das duale Berufsbildungssystem der Schweiz ist ein Erfolgsfaktor für den Industrieplatz Schweiz.

Fakt ist aber auch, dass der Mangel an qualifizierten Fachkräften gerade in der MEM-Industrie mittel- und langfristig zu einem erheblichen Risiko für den Industriestandort Schweiz wird. Denn selbst wenn die Einwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften – vorwiegend aus den EU-Ländern – das Problem entschärft, besteht doch dringlicher Handlungsbedarf in Sachen beruflicher Grundausbildung und höherer fachlicher Qualifikation.

#### Glaubwürdigkeit der Politik gefragt

Nur: Trotz dieser Erkenntnis wird nicht genug in die qualifizierte Ausbildung der jungen Generationen investiert. Noch und noch sind in den vergangenen zehn Jahren Bildungsausgaben dem Sparstift von Bund und Kantonen zum Opfer gefallen. Industrie und Politik müssen nun die Erhöhung der Bildungsausgaben einfordern. Nur so sind sie glaubwürdig.

Die duale Berufsausbildung spielt in der MEM-Industrie eine grosse Rolle. Ausbildung und Weiterbildung ist ein Bereich, in dem die Sozialpartner – gestützt auf den Gesamtarbeitsvertrag – schon immer eine enge Zusammenarbeit praktiziert haben. Mit Erfolg. Die Zahl der Lehrstellen in den Betrieben der MEM-Industrie ist wesentlich höher als im Durchschnitt aller Branchen.

Die Sozialpartner haben zudem gemeinsame Initiativen zur Förderung der Weiterbildung ergriffen:

- Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter k\u00f6nnen speziell auf ihre T\u00e4tigkeit zugeschnittene und von der «Arbeitsgemeinschaft f\u00fcr die Ausbildung von Mitgliedern der Arbeitnehmervertretungen in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie» (AAA) organisierte Kurse besuchen.
- Das von den Sozialpartnern geschaffene Bildungszentrum SFB und die Swissmem Kaderschule bieten zudem eine Fülle von Weiterbildungskursen, -seminaren und -lehrgängen an, die speziell auf die Bedürfnisse der MEM-Industrie zugeschnitten sind.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes des Nationalfonds von 1997 – 2000 hat Prof. Hans Geser von der Universität Zürich aufgezeigt, dass die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie den stärksten Beitrag zur (technischen) Lehrlingsausbildung leistet. Beträchtlich niedriger liege die Ausbildungsbereitschaft dagegen in ebenfalls sehr traditionelen Branchen wie z.B. Textil und Nahrungsmittel. Dieses Defizit trifft ebenfalls für moderne zukunftsorientierte Industrien wie z.B. die Chemie oder Elektronik zu. Noch schlimmer ist die Situation im Tertiärsektor, wo laut der Studie von Prof. Geser die Allokation der Berufsbildungsinvestitionen noch beträchtlich weniger mit den längerfristigen Bedarfslagen übereinstimmt. Gerade in den modernsten Informatik- und Telekommunikationsbranchen ist die Ausbildung von Fachkräften absolut ungenügend. Dies hat erhebliche Auswirkungen gerade auf die innovations- und technologieorientierte MEM-Industrie insgesamt. Der enorme Fachkräftemangel kommt nicht zuletzt im hohen Volumen der Überstunden zum Ausdruck.

#### 213 Millionen Überstunden

Gemäss der Publikation « Arbeitsmarktindikatoren 2012» des Bundesamtes für Statistik BFS wurden in der Schweiz im 2010 insgesamt 213 Millionen Überstunden geleistet. Dies entspricht einem Vollzeitäquivalent von sage und schreibe 109 000 Vollstellen. Das ist eine beträchtliche Zahl, die unter anderem auch den Mangel an qualifizierten Fachkräften in der Wirtschaft spiegelt und belegt, dass grösster Handlungsbedarf im Bereich der Berufsausbildung und der höheren Fachbildung besteht.

Eine erst kürzlich von Monster.ch veröffentlichte Arbeitgeberstudie «Recruiting Trends 2012 Schweiz», die auf der Umfrage von 500 Schweizer Top-Unternehmen basiert, zeichnet ein düsteres Bild, was den anhaltend hohen Fachkräftemangel in Schweizer Firmen anbelangt. Besonders in den Bereichen IT und Forschung & Entwicklung können die Stellen offensichtlich nur schwer besetzt werden. Die an der Umfrage beteiligten Unternehmen gehen davon aus, dass im Jahr 2015 bereits 46,3 Prozent der offenen Stellen nicht oder nur schwer zu besetzen sein werden. Das ist ein Alarmzeichen.

#### Swissmem-Präsident warnt vor Fachkräftemangel

Swissmem-Präsident Hans Hess hat aufgezeigt, dass gut ausgebildeter Nachwuchs auf allen Stufen der Schlüssel für eine erfolgreiche Wirtschaft ist und gleichzeitig davor gewarnt, dass der aktuelle Fachkräftemangel in der Industrie die Entwicklung der Unternehmen in der Schweiz limitiere mit dem Effekt, dass ein Teil dieser Unternehmen ins Ausland abwandert.

Unia teilt die Auffassung von Swissmem, dass die staatlichen Anstrengungen im Bildungsbereich auf sämtlichen Stufen (berufliche Grundausbildung, Fachhochschulbereich, Universitätsbereich) erhöht werden müssen, z.B.

- durch eine attraktivere Grundbildung für Jugendliche
- durch vermehrte Förderung der Hochschulen, die aber keineswegs zulasten der höheren Berufsbildung erfolgen darf.
- durch die Aufstockung der Förderung der höheren Berufsbildung mit zusätzlichen Mitteln für den Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereich.

Fazit: Die Zukunft des Industriestandortes hängt existenziell von den Anstrengungen und Investitionen im Bereich der Bildung ab. Das gleiche gilt, wie bereits dargestellt, für den gesamten Bereich der Informations- und Technologieförderung und den Transfer zu den industriellen KMU-Betrieben.

Die Sozialpartnerschaft soll in diesem Bereich vertieft werden.

#### Unternehmenskredit setzt viele Betriebe unter Druck.

## Grossbanken gefährden Arbeitsplätze. Warum viele KMU-Betriebe vor dem Abgrund stehen.



Wir kennen das Bankenspiel der letzten zwei Jahrzehnte. Die Grossbanken wie UBS und CS schreiben Rekordgewinne. Und die KMU-Betriebe geraten durch eine restriktive Kreditpolitik genau dieser Banken immer mehr unter Druck oder stehen bereits vor dem Abgrund. Damit setzen die Grossbanken Zehntausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel.

Eine Kreditklemme hat mehrere Gesichter. Kredite können schlicht verweigert werden. Kredite können mit exorbitanten Zinsen oder knappen Fristen verbunden werden. Teilweise werden sie dann gar nicht mehr nachgefragt und das Unternehmen verzichtet auf die Investition. Oder Kredite können von den Banken mit weiteren Bedingungen wie Entlassungen, Verkleinerung, Auslagerungen, Transfer von Aktiven wie der Pensionskasse oder Immobilien zur Bank usw. verbunden werden.

Die meisten grossen Konzerne schwimmen heute im Geld. Hingegen sind die meisten KMU stark vom Bankkredit abhängig.

Viele der mittelständischen Unternehmen sind Traditionsbetriebe und befinden sich seit Generationen in Familienhänden. Weil ihnen der Weg zum Kapitalmarkt nicht offen steht, sind sie bei ihrer Finanzierung auf die Banken angewiesen.

Die Nationalbank setzt derzeit ein sehr klassisches Instrument zur Krisenbewältigung ein: Sie macht das Geld billig und sie schafft zusätzlichen Kredit. Seit 2008 stellt die SNB den Banken wachsende Summen zur Verfügung. Derzeit für 0,0 Prozent. Die klassische Lehre und die SNB gehen davon aus, dass die Banken diesen Kredit mit einer angemessenen Zinsspanne an die Wirtschaft weitergeben, also ihrerseits für billigen Kredit sorgen, der wiederum den Aufschwung ankurbelt.

Genau dies tun die Banken heute aber nicht. Durchschnittlich sind Betriebskredite heute zwei bis vier Prozentpunkte teurer als noch vor zehn Jahren. Die Banken haben die Zinsspanne zu ihren Gunsten stark ausgedehnt. Zinsen um 6 Prozent sind nicht unüblich. Damit ziehen die Banken den KMU pro Jahr zwischen 2 und 3 Milliarden Franken aus der Firmenkasse. Geld, das für Investitionen und Personal fehlt.

Dabei besteht die Schweizer Wirtschaft zu über 99 Prozent aus KMU-Betrieben. Zwei Drittel aller Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit weniger als 250 Angestellten. Die Kreditpolitik der Banken behindert also direkt das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Beleg: Der Bankkredit in der Industrie ist seit 2007 nicht gewachsen. Und er ist insgesamt gering: nur 30 Milliarden (ohne Hypothekarkredite). Vorab die Grossbanken verwenden die SNB-Milliarden für die Bereinigung ihrer Bilanzen.

Aus diesem Grunde plädiert die Unia für ein konkurenzielles Kreditsystem. Es soll durch industrielle, ökologische und soziale Standards bestimmt sein und nicht durch Rendite-Spekulationen, die mit der Realwirtschaft nichts zu tun haben.

### Ehemaliger Swissmem-Chef Schneider-Ammann sah Gefahr einer Kreditklemme

Auch Johann Schneider-Ammann, einst Präsident des Industrieverbandes Swissmem, sagte anlässlich der Jahrespressekonferenz des Verbandes am 24. Februar 2009: «Im Moment ist es für ein Mittelstandsunternehmen unmöglich, einen Kredit von 60 Millionen Franken zu bekommen». Die Kredit-Bedingungen für die MEM-Industrie seien eindeutig schwieriger geworden. Wegen schlechterer Ratings und den so genannten Risikoaufschlägen für Kredite müssten die Firmen der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie höhere Aufwendungen für Fremdkapital erbringen. Schneider-Ammann ortete damals die Gefahr einer Kreditklemme. Der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie drohe im Zuge der Finanzkrise eine Verknappung der Kredite. Dies würde die Unternehmen in noch grössere Schwierigkeiten bringen.

#### Fonds für eine produktive Schweiz

## Die Unia schlägt neues Finanzierungsmodell für öko-sozialen Umbau vor.

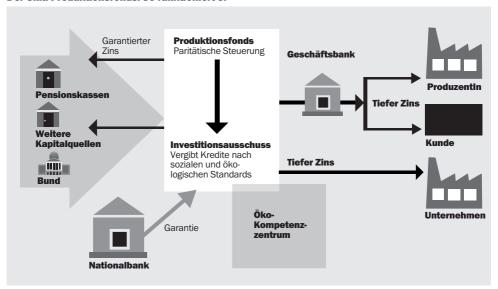
Der öko-soziale Umbau ist eine Riesenchance für die Industrie. Es geht um die Schaffung von Zehntausenden neuer Arbeitsplätze. Darum braucht es neue Finanzierungsmodelle.

Die Unia schlägt einen Fonds für eine produktive Schweiz vor. Als sozialpartnerschaftlicher Pakt zur ökologischen und sozialen Modernisierung. Und so soll er funktionieren:

- Der Produktionsfonds wird paritätisch von Gewerkschaftern, Arbeitgebern und Staat geführt. In der Schweiz ist das eine gut erprobte Form (Suva usw.).
- Dieser Fonds finanziert und garantiert Investitionen in nachhaltige und innovative Techniken und Verfahren von KMU. Später auch von Infrastrukturprojekten.
- Drei Bedingungen sind an die Finanzierung des Projekts geknüpft. Es muss ökologisch sinnvoll sein. Dafür sorgt ein Kompetenzzentrum Innovation, z.B. eine stark ausgebaute KTI. Es muss wirtschaftlich tragen. Dafür sorgen die Fachleute des Fonds. Und das Unternehmen muss soziale Kriterien erfüllen (z.B. GAV, Gleichstellung usw.). Dafür sorgt die paritätische Zusammensetzung.
- Gespeist wird dieser Fonds aus Pensionskassengeldern, eventuell Steuern und allenfalls weiteren Quellen (z.B. Postfinance-Einlagen). Die Verzinsung soll tief aber sicher sein (das ist bei den heutigen Zinserträgen für die Pensionskassen kein Problem). Nationalbank oder öffentliche Hand garantieren Einlagen und Verzinsung.

Dieser Fonds schafft billigen und sicheren Kredit. Damit schützt er viele KMU-Betriebe vor dem Diktat der Grossbanken und deren überzogenen Profiterwartungen. Und einen Teil der Pensionskassengelder entzieht er der Unsicherheit von Finanzspekulationen.

#### Der Unia-Produktionsfonds: So funktioniert er



Ein Projekt mit Staatsgarantie: Ein paritätisch geführter Produktionsfonds soll im Zentrum des ökosozialen Umbaus stehen. Der Fonds würde mit Geldern der Pensionskassen und evl. Steuern gespiesen, abgesichert von der öffentlichen Hand.

## Keine Personenfreizügigkeit ohne wirksame Massnahmen gegen Lohndruck

## Der bessere Schutz der Löhne und der Arbeitsbedingungen ist dringlich.



Der Druck auf den Arbeitsmarkt in der Schweiz hat massiv zugenommen. Die Bereitschaft von ausländischen Firmen, in der Schweiz zu Dumpinglöhnen zu arbeiten, steigt. Und offenbar wächst auch die Bereitschaft von Schweizer Firmen, Aufträge zu Dumpingpreisen an ausländische und Schweizer Subunternehmer weiterzugeben, ganz massiv.

In der Schweizer Löhne bezahlt werden. Das verlangen die Flankierenden Massnahmen im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit. Deshalb müssen die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne verschärft werden. Wir fordern deshalb:

- **1.** Griffige Massnahmen im Entsendegesetz (konkret: Solidarhaftung, systematische Kontrolle der Entsendefirmen und höhere Bussen bei Verstössen).
- 2. Keine GAV ohne Minimallöhne
- 3. Rigoroser Vollzug von Gesetz und Gesamtarbeitsverträgen

Die Gewerkschaft Unia hat schon immer klargemacht: Es gibt keine Personenfreizügigkeit ohne griffige flankierende Massnahmen.

#### Solidarhaftung unumgänglich

Mit den aktuellen gesetzlichen Grundlagen haben wir kein ausreichendes Instrument auf den steigenden Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Darum fordert die Gewerkschaft eine Solidarhaftung. Wenn sich Firmen bereits aus der Verantwortung stehlen können, indem sie von Subunternehmen schriftlich die Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen einholen, bringt das gar nichts. Unternehmen müssen für die Verfehlungen von Subunternehmern haften und diese wiederum für deren Subunternehmer.

Es gibt keine Alternative zu einer umfassenden Solidarhaftung. Die Gewerkschaft Unia hat solche Regelungen gemeinsam mit Arbeitgebern bereits in verschiedenen Gesamtarbeitsverträgen verankert. Das wirkt. Viele Gewerbeverträge kennen z.B. eine Kautionspflicht, die sicherstellt, dass zu wenig geleistete Lohn- und Sozialversicherungsbeiträge nachbezahlt werden können. Doch die Möglichkeiten sind heute beschränkt, deshalb braucht es entsprechende Anpassungen auf gesetzlicher Ebene. Zahlreiche Arbeitgeber aus verschiedenen Branchen unterstützen bereits heute diese Forderung.

#### Unia fordert Mindestlöhne im neuen GAV für die MEM-Industrie

In verschiedenen Industriebranchen gibt es auf gesamtarbeitsvertraglicher Ebene immer noch keine Mindestlöhne. Unter anderem im GAV der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Die Gewerkschaft kritisiert dies seit Jahren. Es gibt auch in der Schweizer Maschinenindustrie immer noch Arbeitnehmende, die sogar für weit unter 3000 Franken arbeiten.

Es ist primär Aufgabe der Sozialpartner, Gesamtarbeitsverträge mit anständigen Mindestlöhnen zu vereinbaren. Wenn dies nicht gelingt, müssen die Arbeitgeber akzeptieren, dass der Staat einwirkt, um Tieflöhne zu unterbinden. Im Tessin etwa ist die Situation besonders alarmierend. Auf Antrag der Gewerkschaft Unia hat die Tripartite Kommission des Tessins der Kantonsregierung einen Normalarbeitsvertrag vorgeschlagen, um Löhne unter 3000 Franken per Gesetz zu verbieten. Doch die Arbeitgeber der Industrie, darunter Swissmem lehnen einen solchen Normalarbeitsvertrag ab. Und verweigern gleichzeitig die Einführung von Mindestlöhnen im GAV. Sie unterstützen damit ganz direkt Lohndumping,

Generationen in Familienhänden. Weil ihnen der Weg zum Kapitalmarkt nicht offen steht, sind sie bei ihrer Finanzierung auf die Banken angewiesen.

#### Warum Mindestlöhne so wichtig sind.

# Verbindliche Mindestlöhne sind das beste Instrument gegen Lohndumping.

In Europa sind gesetzliche Mindestlöhne weit verbreitet. Rund 70 Prozent der Staaten kennen einen gesetzlichen Mindestlohn. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes würde die Schweiz eine Lücke in ihrer Arbeitsmarktregulierung schliessen.

Mindestlöhne sind selbst in der Schweiz nichts Neues. Im Gegenteil. In der Schweiz gibt es Mindestlöhne seit über 150 Jahren. Seit 70 Jahren können Mindestlöhne in GAV allgemeinverbindlich erklärt, das heisst verbindlich für eine gesamte Wirtschaftsbranche verfügt werden.

Die Schweizer Wirtschaft ist mit Mindestlöhnen während vieler Jahrzehnte sehr gut gefahren. Bis in die neunziger Jahre war die Beschäftigungssituation ausserordentlich gut und die Arbeitslosigkeit im europäischen Vergleich sehr tief.

#### Wirksam gegen Lohndumping

Ein Mindestlohn ist die beste Prävention gegen Lohndumping. Wer in der Schweiz arbeitet, soll für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten und davon anständig leben können. Es ist eine Tatsache, dass der Druck auf die Löhne seit der Einführung der Personenfreizügigkeit zugenommen hat.

Über Mindestlöhne kann Lohndumping verhindert werden. Auch in der Industrie. Die Einführung eines Mindestlohns ist deshalb eine wichtige Ergänzung zu den bestehenden flankierenden Massnahmen.

#### Der Unsinn von der Arbeitsplatzvernichtung

Gegen die Einführung von Mindestlöhnen in den Branchen-GAV oder auf Gesetzesebene wird immer wieder argumentiert, eine solche Lohnuntergrenze würde Arbeitsplätze vernichten. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass dieses Argument nicht stichhaltig ist. Eine bahnbrechende Studie aus den USA ist sogar zum Schluss gekommen, dass eine Erhöhung der Mindestlöhne zu einem Beschäftigungsanstieg geführt hat. Zumindest kann nach heutigem Forschungsstand festgehalten werden, dass die Wirkung von Mindestlöhnen auf die Arbeitslosigkeit weitgehend neutral sind.

Mindestlöhne führen zu einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung, indem die Lage der tiefen und mittleren Einkommen verbessert wird. In diesem Sinne ist ein Mindestlohn auch ein wirksames Instrument gegen Lohnungleichheit und Lohndiskriminierung gegenüber Frauen. Die Lohngleichheit ist gemäss der jüngsten Lohnstrukturerhebung des Bundesamtes für Statistik (BfS) auch in der MEM-Industrie noch bei weitem nicht erreicht. Trotz Verfassungs- und Gesetzesauftrag.

Untere Einkommensklassen sparen bekanntlich weniger als die hohen Einkommen. Man kann somit auch damit rechnen, dass durch eine geringere Ungleichverteilung der Einkommen mehr Einkommen als Konsum in den Wirtschaftskreis zurückfliesst. Das hat positive Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft.

#### Fehlendes Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft

Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände stellen sich immer gegen gesetzliche Lösungen mit dem Argument, solche Fragen müssten auf der Ebene der Sozialpartnerschaft und der Gesamtarbeitsverträge gelöst werden. Wenn das Thema als GAV-Forderung auftaucht, stellen sich die Arbeitgeber umgekehrt mit dem Argument quer, solche Regelungen seien wettbewerbsverzerrend und gefährdeten die Konkurrenzfähigkeit. Wo bleibt das grosse Bekenntnis der Arbeitgeber zu Sozialpartnerschaft?

## Sozialpartnerschaft, die ihren Namen verdient...

Sozialpartnerschaft, die ihren Namen verdient, erfordert heute, dass sich Gewerkschaft und Arbeitgeber gemeinsam für einen nachhaltigen Industrie- und Werkplatz Schweiz einsetzen. Deshalb fordert die Gewerkschaft Unia von Swissmem das gemeinsame Engagement für eine aktive Industriepolitik, die sich am ökosozialen Umbau der Wirtschaft orientiert.

Verweigern Politik und Arbeitgeber weiterhin jede Industriepolitik, gefährden sie Zehntausende von Arbeitsplätzen. Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaft sein, diesen Niedergang mit zu verwalten.

Deshalb muss die Sozialpartnerschaft neu begründet werden. Der Ort, wo dies stattfinden kann, ist die GAV-Verhandlung. Die neue Sozialpartnerschaft muss auf zwei Beinen stehen: Gute Arbeitsbedingungen und Industriepolitik. Dies im Interesse der Realwirtschaft und Hunderttausender von Arbeitenden.

Swissmem sagen wir: Sozialpartnerschaft haben wir, wenn wir uns einig sind, dass die Schweiz Industrie braucht. Und wir deshalb eine gemeinsame industriepolitische Plattform aufstellen. Und einen GAV mit guten Arbeitsbedingungen und wirksamen Konfliktregeln abschliessen.

#### **Unia Zentralsekretariat**

Weltpoststrasse 20 CH-3000 Bern 15 T +41 31 350 21 11 info@unia.ch